

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Britischer Meinungsspiegel über die deutsche Einheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Britischer Meinungsspiegel über die deutsche Einheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 5, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131098>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nun sind allerdings der Auswanderung Deutscher enge Grenzen gezogen. Die von der an sich schon geringen Zahl aufnahmefähiger und aufnahmebereiter Länder Deutschen zugestandenen Einwanderungsquoten sind überaus niedrig. Die Kosten der Reise — und in jedem Fall ist ja eine mehrtägige Seereise erforderlich — sind so groß, daß sie im verarmten Deutschland nur von wenigen aufgebracht werden können. Der Neuanfang im fremden Land erfordert weitere Mittel. Fast scheint es, als

sei auch die Neigung zur Auswanderung nicht mehr so groß wie in der zurückliegenden Hungerzeit. Vor allem ist der romantische Glaube an die glückbringende Fremde der nüchternen Erkenntnis gewichen, daß überall in der Welt Not ist und nirgendwo das Geld auf der Straße liegt. Aus ganz anderen als wirtschaftlichen Gründen wäre es aber notwendig, daß sich die Welt deutscher Auswanderung öffnete. Das wäre ein Zeichen dafür, daß der Haß geschwunden ist und ein Beweis. (st)

wirken sollen, daß die Auswanderung einmal, und zwar je früher, desto besser, Wirklichkeit wird. Wenn die deutsche Wirtschaft begründete Aussicht dafür bieten würde, daß es innerhalb eines bestimmten Zeitraums möglich wäre, die jetzt in Westdeutschland lebenden und in Zukunft noch dorthin einströmenden Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen einen erträglichen Lebensstandard zu sichern, dann wäre diese Frage auf jeden Fall zu verneinen. Zweifellos muß die Hauptarbeit zur wirtschaftlichen Absorbierung der rasch zunehmenden Bevölkerung innerhalb der engen Grenzen unseres Landes geleistet werden, soweit dies irgend möglich ist. Aber dies schließt nicht aus, daß eine planvoll gesteuerte Auswanderung als ergänzendes Ventil sehr nützlich sein könnte. Sie wird keine astronomischen Ausmaße annehmen, dafür sind die Schwierigkeiten viel zu groß, die überwunden werden müssen, um die Öffnung der Grenzen zu erreichen und die Auswanderung praktisch durchzuführen. (rl)

Was liegt im deutschen Interesse?

Es wäre gut, wenn sich die deutsche Diskussion über die Auswanderung größter Nüchternheit befleißigen würde. Bisher war im Ausland; auch in Ländern, die noch einen großen Menschenbedarf haben, wenig Neigung zu verspüren, Deutsche in größerer Anzahl aufzunehmen. Gewiß, die internationale Diskussion, Auswanderungsmöglichkeiten für Deutsche zu schaffen, hat in letzter Zeit eine Belebung erfahren. Aber wir

sollten wissen, daß der Weg, der von Diskussionen, ja von Resolutionen und Forderungen zu praktischen Maßnahmen und schließlich zu einem Ergebnis führt, sehr weit ist und lange Zeit braucht.

Die zweite Frage ist, ob es im deutschen Interesse liegt, dem Ausland klar zu machen, daß durch eine Auswanderung in größerem Maßstab unsere wirtschaftliche Not eine willkommene Linderung erfahren würde, ob wir darauf hin-

Britischer Meinungspegel über die deutsche Einheit

Aus London:

Es hätte nicht erst des Absingens des dritten Verses vom Deutschland-Lied ohne vorherige Warnung an die in Berlin anwesenden drei westlichen Kommandanten bedurft, um die neue Aktualität der deutschen Einheit vor die etwas müdigkeits-schweren Augen der britischen Politiker zu bringen. Die Müdigkeit in London ist nicht etwa eine Frühjahrs-Erscheinung: Sie entspringt der Überlastung der wenigen versierten Außenpolitiker in beiden Lagern, Regierung und Opposition, bei der wachsenden und immer dringlicher werdenden Aufgabe des Welt-Widerstandes gegen den bolschewistischen Imperialismus. Dieser Imperialismus erfordert gerade auf britischer Seite in diesem Jahre wirklich weltweite Aufmerksamkeit. Ob es sich nun z. B. um die Anerkennung von Rot-China, die Bandenkämpfe in Malaya, die Rassen-Auseinandersetzungen in Südafrika, den Lon-

doner Hafenarbeiterstreik oder die Demontage-Politik in Westdeutschland handelt: überall ist der gleiche Faktor „Moskau“ in Rechnung zu stellen.

Die Bedeutung des deutschen Problems für England ist damit also gegeben (und sie wird durch die gemeinsame westliche Atmosphäre noch unterstrichen). Zugleich aber muß sich jeder Deutsche, der die verschiedenen britischen Auffassungen zur deutschen Einheit studiert, stets daran erinnern, daß für England in seinem Existenzkampf als Kopf des Empire und als selbständige Einheit gegenüber den amerikanischen Völkern, Deutschland, ja selbst Europa, nur ein sehr begrenzter Teil des Problems ist.

„Aufgeschoben, nicht aufgehoben“

Man hat es als die „orthodoxe“ britische Politik gegenüber Deutschland bezeichnet, daß die Hoffnung auf die Vereinigung von Ost- und

Westdeutschland zwar nicht aufgehoben, aber doch aufgeschoben worden sei. Zweifellos ist es die offizielle Linie, die auch bei den Mai-Konferenzen für die britische Stellung bestimmend sein dürfte. Westdeutschland wird politisch eine westeuropäische Herberge geboten, wenn auch in Erinnerung an die zwei Weltkriege weder im Einzelzimmer, noch in voller Beteiligung an der Herbergsverwaltung, jedoch mit dem Hintergedanken, daß früher oder später gegen eine nächtliche Verteidigungsbeteiligung nichts einzuwenden sei. Für Ostdeutschland dagegen kann man nur ein reizvolles Vorbild westlicher Bruderschaft aufbauen, jedoch keine einladende Hand ausstrecken. An eine Einigung mit dem gegenwärtigen Regime in Moskau heranzugehen, hält man für illusorisch, weil keinerlei moralische Hoffnung oder gar handfeste Garantie besteht, daß irgendeine Vereinbarung mit Moskau dem Sinne

wie dem Buchstaben nach gehalten werden wird. Mit anderen Worten: deutsche Einheit bleibt für einen wahren europäischen Frieden äußerst wünschenswert, ist jedoch zurzeit praktisch nicht realisierbar.

„Der neutrale Puffer“

Diese Einstellung nennen ihre Befürworter in England „realistisch“, ihre Gegner defaitistisch und friedensschädlich. Sie sprechen von der damit sanktionierten Fortsetzung des kalten Krieges unter gleichzeitiger Intensivierung sowohl der Aufrüstung der westeuropäischen Partner als auch der immer weiter zutreibenden Verschmelzung zu einer Wehreinheit einschließlich Westdeutschlands, ob es nun viel Neigung dazu hat oder nicht. Sie setzen diesem „Defaitismus“ den Gedanken der „Neutralisierung“ entgegen. In Abweichung von der amerikanischen Lippman-Version sehen sie jedoch die Notwendigkeit voraus, sehr viel mehr Einheit und Stärke in Westeuropa zu zeigen, bevor Aussicht auf eine Moskauer Zustimmung besteht. Dann jedoch schwebt ihnen das Bild eines Deutschland vor, das zwar unbewaffnet, jedoch vereint ist und zugleich die Aufgabe eines neutralen Puffers zwischen Ost und West übernimmt. Wer die britische Außenpolitik vor allem des linken Flügels der Labour Party verfolgt hat, wird in dieser Empfehlung unschwer eine Variation des so oft in diesen Kreisen angepriesenen „agreement to disagree“ erkennen. Der Schwachpunkt dieser Empfehlung ist offensichtlich: Sie rechnet mit Verlässlichkeit auf ein sowjetisches Wort, auch unter wechselnden Umständen — und das in einer Welt, die nichts als Moskauer Opportunitäts-Politik erlebt.

Interdeutsche Abreden

Der Verdacht gegen Moskaus Ehrlichkeit erstreckt sich auch auf die verschiedenen auf deutscher Seite unternommenen Versuche und ausgestreckten Fühler, eine Vereinigung von Ost- und Westdeutschland nicht durch alliierte Abreden mit den Sowjets, sondern durch allmählich sich ausweitende Ab-

reden der beiden deutschen Seiten unter nachträglicher Billigung der östlichen und westlichen Großmächte zu erreichen, die auf diese Weise nicht so exponiert in Erscheinung zu treten brauchen. Den Westdeutschen wird nicht genügend Instinktsicherheit in politischen Gesprächen mit dem Osten, den verantwortlichen Ostdeutschen nicht genügend politische Unabhängigkeit von Moskau zuerkannt, um derartigen Abreden Aussicht auf Erfolg zu geben. Und da man dem endgültigen Erfolg die Chancen abspricht, mißtraut man in England allen Teilvereinbarungen zwischen West- und Ostdeutschland, einschließlich allen Handelsabreden.

Schon seit längerem bricht sich in konservativen Kreisen und neuerdings auch unter Labour-Politikern die Erkenntnis Bahn, daß Westdeutschland sehr intensiv exportieren muß und daß es mit westlichem Mißtrauen allein gegen „Deutschlands Landweg nach China“ nicht getan ist. Gerade unter den jüngeren Labour-Abgeordneten finden sich einige, die öffentlich aufklärend dafür wirken, daß der Preis des Westens für eine Beibehaltung der Teilung Deutschlands das Akzeptieren der Konkurrenz eines überbevölkerten, auf weitgehende Industrialisierung angewiesenen Westdeutschland sein muß. (Gw)

Ist eine deutsche Einheitswährung möglich?

Geldwechsler lieben Gerüchte, denn sie vergrößern die Umsätze. Sprach man vor einigen Wochen in Berlin von der kommenden Eingliederung der Ost-Markwährung in den Rubelblock, so spricht man nun von den Möglichkeiten einer Angleichung der Ost- und Westmark und gibt so der Erholung der Ostmark eine entsprechende, bis jetzt aber noch ziemlich wirkungslose Begleitmusik.

Seitdem läuft im Osten und Westen die wirtschaftspolitische Entwicklung konträr: hie Abbau, dort Verstärkung der planwirtschaftlichen Elemente. Ähnlich ist die währungspolitische Lage. Noch haben wir im Westen eine relativ unabhängige Notenbank, während im Osten die Notenbank dem Finanzministerium unterstellt wurde, um dadurch eine bessere Planung zu garantieren. Im Osten wird das Kapital durch die Planung und nicht durch den Zins gelenkt. Der Zins spielt nur eine untergeordnete Rolle im Gesamtplan, der in Erzeugungsmengen und nicht in Geldwerten rechnet. Die volkswirtschaftliche Dringlichkeitsskala wird von den Machthabern festgesetzt und kommt nicht in Marktpreisen zum Ausdruck.

So spielt im Osten im allgemeinen Durcheinander der volkswirtschaftlichen Gesamtpläne der Rationalisierung und Arbeitslenkung, der Politik der Sowjet-AG's und volkseigenen Betriebe das Geld nur eine untergeordnete

Rolle und kann nach Bedarf manipuliert werden. Dagegen ist die westdeutsche Marktwirtschaft auf das Funktionieren des Geldsystems angewiesen, da sonst das sinnvolle Ineinandergreifen der einzelnen Produktions- und Konsumstätten empfindlich gestört wird. Eine Zusammenlegung oder absolute Gleichschaltung der west- und ostdeutschen Währungen scheint schon aus diesen Gründen kaum möglich zu sein.

Aber auch eine zeitweilige Festlegung des Wechselkurses ist undurchführbar, wenn auch eine gewisse Abschwächung der Kurschwankungen im Interesse der Berliner Wirtschaft dringend erforderlich ist. Da das Preisgefüge in beiden Wirtschaftsgebieten voneinander abweicht, werden — abgesehen von den politisch bedingten Westmarkkäufen immer Umgehungen des Festkurses vorteilhaft bleiben, Umgehungen, die nicht zu unterbinden sind. — Ohne Anpassung der allgemeinen Wirtschaftspolitik wird demnach keine währungspolitische Angleichung möglich sein. So werden die 53 Berliner Wechselstuben auch weiterhin Ost- und Westgeld verkaufen müssen. Ihre Umsätze sind mit jährlich etwa 150 Millionen DM West jedoch nur ein Bruchteil der tatsächlichen Umsätze, die sich auf den Grauen und Schwarzen Märkten vollziehen. (Rp)

Brief aus der Ostzone

Wir freuen uns, zu diesem Thema auch einen Brief aus der Ostzone veröffentlichen zu können, selbst wenn er — wie das nicht anders sein kann — nur die Meinung eines Teiles wiedergeben mag.

„Der gegenwärtige Zeitpunkt verlangt gebieterisch, daß die Wiederherstellung der Einheit von wirtschaftspolitischer Seite her offen diskutiert wird, da hier am ehesten ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Ich teile allerdings nicht die Ansicht, daß die Potsdamer Beschlüsse nicht mehr verbindlich seien. Nur auf ihrer Grundlage wird m. E. Deutschland wieder zusammengefügt werden können. Nur die Sowjetunion hat die hier proklamierten Prinzipien in ihrer Besatzungszone folgerichtig verwirklicht.“

Wenn der Einsender im folgenden mit den bekannten Argumenten den Westmächten die Hintertreibung der Potsdamer Beschlüsse und eine Politik der Spaltung Deutschlands vorwirft, so kann das uns nicht sonderlich schmerzen, weil wir ja keinen Grund haben, uns mit der Politik der Westmächte zu identifizieren. Es fragt sich aber, ob bei einem so weitgehenden Opportunismus gegenüber der eigenen Besatzungsmacht, wie er aus den angeführten Zeilen hervorgeht, nicht gerade die Basis wieder zerstört wird, die der Einsender in der wirtschaftspolitischen Diskussion zu gewinnen hofft. Daß die Basis aber gefunden werden könnte, zeigen die folgenden Ausführungen:

„In der Wiederherstellung des innerdeutschen Handels sehe ich den ersten konkreten Schritt, um zu verhindern, daß das System wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit, gegenseitiger Abhängigkeit, produktions- und verkehrsmäßiger Verbundenheit nicht ausländischen Interessen geopfert werden soll. Die

Bildung eines gesamtdeutschen Wirtschaftsausschusses wäre Voraussetzung, um schnell konkrete Ergebnisse zu erzielen. Folgende Punkte halte ich für besonders dringlich: einheitliche Währung, ungehinderter Handel, freier Verkehr für Bevölkerung und Waren, Auslandskredite nur bei Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Einstellung der Demontagen, Förderung des deutschen Handels

mit dem Osten, Schutz der deutschen Volkswirtschaft und des Privateigentums, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und eine gerechte Bodenzuteilung. Ich bin der Ansicht, daß über diese Punkte zwischen den Vertretern der beiden Deutschland ganz offen gesprochen werden muß, denn allen Deutschen wird die enge Verbundenheit ihrer Wirtschaft mehr und mehr bewußt.“
(g. r)

„Abschreiben . . .?“

Auf meine Frage, was wir wohl seiner Meinung nach für die Wiedervereinigung Deutschlands noch tun könnten, antwortete mir ein holländischer Journalist: „Abschreiben!“ Ich bin überzeugt, daß dieser apodiktische Rat aus ganz ehrlichem Herzen kam. Und ich befürchte, daß das die Meinung aller unserer westlichen Freunde — ganz gleich welcher Richtung — sein dürfte, wenn sie ehrlich sein wollten. Und wenn man uns fragt, was wir von dem Schicksal einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas, das an oder westlich der Elbe endet, halten, so könnten wir vielleicht in ehrlicher Überzeugung auch nur antworten: „Abschreiben!“ Darin, daß die unausweichliche Abhängigkeit dieser beiden Probleme bei unseren westlichen Freunden gar nicht und bei uns selbst nur sehr vereinzelt erkannt wird, liegt die größte Gefahr der Gegenwart und die Ursache für viele wirtschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen. Wenn Europa der tödlichen Auseinandersetzung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Kräften der östlichen und westlichen Welt entgehen will, dann nur auf dem Wege, daß es gelingt, im Einverständnis der beiden großen Rivalen einen europäischen Wirtschaftsraum abzustecken, der jenseits aller Ideologien liegt, d. h. einen Raum, dessen Grenzen nicht von dem Bekenntnis zu dieser oder jener Wirtschafts- oder Sozialverfassung bestimmt werden. Westeuropa kann — ganz abgesehen von den politischen Konsequenzen — niemals ein selbständiges Wirtschaftsgebiet sein, es wird immer, auch nach Ablauf der Marshallhilfe, ein Dominium der westlichen Welt bleiben und in irgend einer Form deren Almosen benötigen.

Es ist erschreckend, mit wie wenig Nüchternheit diese Frage betrachtet wird. Die Dankbarkeit für die uns gewährte Hilfe sollte uns im ureigenen Interesse unserer Helfer nicht so weit führen, den nüchternen Blick für die wirtschaftlichen Gegebenheiten und wirtschaftspolitischen Entwicklungslinien zu verlieren. Wenn es für die westliche Welt möglich gewesen ist, eine Basis zu finden, um trotz der entgegengesetzten Ideologien gemeinsam mit der östlichen Welt einen Krieg zu gewinnen, warum sollte es dann für Europa unmöglich sein, innerhalb seines Wirtschaftsraumes verschiedene Ideologien zu vereinigen, um den Frieden zu gewinnen? Diese Frage sollten sich doch einmal alle diejenigen vorlegen, die — östlich oder westlich des „eisernen Vorhanges“ — aus Opportunismus, Intoleranz oder Dogmatismus meinen, ihre Wirtschafts- und Sozialordnung sei die allein Seligmachende. Oder sollte es heute schon wieder nur noch darauf ankommen, sich gegenseitig Bälle zuwerfen, um eine Schuldfrage für die Zukunft zu konstituieren? (sk)

Rudolf-Otto Sandmann, Hamburg

Kredit und Eigenvermögen

Der gewählte Repräsentant der Deutschen Außenwirtschaft hat bei der Gründung des Deutschen Dollar-Drive Büros unter Hinweis auf die wirtschaftliche Aufgabe Deutschlands — „an der Deutschland im Rahmen Europas wieder gesunden oder aber zugrunde gehen kann“ — eine Bilanz vorgelegt, die mehr als Worte den außerordentlichen Ernst der deutschen Kreditfrage herausstellt. „Sie alle hören den täglichen Schrei der Industrie nach Geldern für Kapitalinvestie-

rung, nicht nur der durch den Krieg teilweise oder ganz zerstörten Fabriken, sondern auch von denen, die unversehrt geblieben, deren Maschinen und technische Anlagen durch den Raubbau während der Kriegszeit abgewirtschaftet sind.“ — Die Währungsreform hat fast alle Barreserven sowohl der Industrie als auch des Außenhandels und aller übrigen wirtschaftlichen Gruppen zerschlagen. Die aus dieser Misere sich ergebenden Probleme muß das deutsche